

Sie kommt ... aber wann?

Die Universität Luxemburg nimmt immer mehr Gestalt an. Auf einer Pressekonferenz am vergangenen Donnerstag stellte die zuständige Ministerin Erna Hennicot-Schoepges das "Projet de loi portant création de l'Université de Luxembourg" vor. Das Profil der neuen Uni orientiert sich entlang der Prinzipien Interdisziplinarität, einer Symbiose zwischen Forschung und Lehre, der internationalen Zusammenarbeit, der Mobilität von Studierenden, Lehrpersonal und ForscherInnen, einer speziellen Begleitung der StudentInnen sowie der Mehrsprachigkeit. Letztere soll aus den Kernsprachen Deutsch, Englisch und Französisch bestehen und "wesentliches Charakteristikum" der Uni sein. Drei Fakultäten, "Wissenschaft, Technologie und Kommunikation", "Recht, Wirtschaft und Finanzen" sowie "Geistes- und Erziehungswissenschaften", von denen Teilbereichen am CUNLUX und mit IST und der "School of Finance" bereits bestehen, sollen in den kommenden Jahren an drei Standorten aufgebaut werden und zunächst etwa 4.000 Studierenden Platz bieten.

Geht's nach der Ministerin soll das Projekt schon Anfang 2003 konkrete Gestalt annehmen. Ob diese Frist jedoch einzuhalten ist, darf bezweifelt werden: Bringen die Abgeordneten dem Projekt ebenso viel Ängstlichkeit entgegen wie einzelne Mitglieder im Regierungsrat, was bei den aktuellen wirtschaftlichen Rahmendaten wahrscheinlich ist, könnte die Umsetzung noch einige Zeit dauern. Obwohl das Hochschulministerium einen großen Batzen vom Budget bekommt, wurden einzelne Projekte im Zusammenhang mit der Uni offenbar schon jetzt zeitlich gestreckt.

Bankgeheimnis: Status quo?

"Bolkestein greift zur Brechstange", titelte das Luxemburger Wort am Mittwoch. Weil der EU-Kommissar für Steuerfragen, Frits Bolkestein, sein umstrittenes Verhandlungsergebnis von der Kommission absegnen lassen wollte, hatte seine Luxemburger Kollegin Viviane Reding angekündigt, gegen den Bericht zu stimmen. Tags drauf kam das große Aufatmen am Luxemburger Finanzplatz: Die Kommission verzichtete auf eine Abstimmung und begnügte sich damit, den Bericht über die Zinsbesteuerung in Drittländern an die Finanzminister weiterzuleiten. Die USA seien bereit, so der Bericht, über einen Informationsaustausch zu verhandeln. Der Vier-Punkte-Kompromiss mit der Schweiz dagegen hat gleich zwei Schönheitsfehler: Zum einen lehnt das Land den Punkt Information auf Anfrage ab, zum anderen ist eine Quellensteuer als Alternative zum Informationsaustausch vorgesehen. Letzteres allein wäre Grund genug für mehrere Länder, den Kompromiss abzulehnen als "nicht gleichwertig" mit dem innerhalb der EU vorgesehenen automatischen Informationsaustausch und der damit verbundenen Aufhebung des Bankgeheimnisses. Ob das Projekt einer Harmonisierung der Zinsbesteuerung damit endgültig gescheitert ist, wird sich bei der Ecofin-Ratssitzung am kommenden Dienstag zeigen.

Kauf-Nix-Tag am Samstag

Schon seit Jahren feiert die kanadische "New Media Foundation" an jedem letzten Freitag im Monat November den "Buy Nothing Day", diesmal auch mit einem geplanten Anti-Werbespot im CNN-Fernsehen. Am "Buy Nothing Day" wird weltweit dazu aufgefordert, einen Tag lang nichts zu kaufen. So soll ein Zeichen für den überlegten Konsum gesetzt und für einen bewussten Umgang mit der ökonomischen Kaufkraft und den ökologischen Ressourcen geworben werden. Motto: "Du kannst mit deinem Konsumverhalten helfen, die bestehenden Missstände zu bekämpfen! Nutze deine Kaufkraft, um unsere Konsumkultur positiv zu beeinflussen!" In über 80 Ländern der Welt gestalten lokale AkteurInnen diesen weltweiten Aktionstag. Im Grunde geht es gar nicht so sehr darum, totalen Konsumverzicht zu üben, sondern sich selbst und Andere zum Nachdenken über den allseits gegenwärtigen Konsumterror anzuregen. Das Markenbewusstsein und die "Konsumgier" steigen ja insbesondere bei Kindern und Jugendlichen markant an. Der "Buy Nothing Day" findet nach dem US-amerikanischen Thanksgiving, am 29. November, statt. In Europa sind Aktionen allerdings erst am Samstag geplant. Die offiziellen Verbraucherschutzorganisationen halten sich dabei übrigens auffallend zurück.

Infos unter: www.buynothingday.narra.de

PARKING RESIDENTIEL

Vignette sorgt für Unmut

Die BewohnerInnen der Hauptstadt sollen ab Januar 2003 für das "parking résidentiel" bezahlen. Die Opposition reagiert mit Empörung auf die Pläne des DP/CSV-Schöffenrats.

(sk) - Die BeamtInnen der Stadt Luxemburg, die Bußgeldbescheide an die Windschutzscheiben der ordnungswidrig abgestellten Autos kleben, werden künftig noch mehr zu tun bekommen. Zumindest wenn es nach Paul-Henri Meyers geht. Der Verkehrsschöffe will das auf die gesamte Stadt ausgedehnte "parking résidentiel" kostenpflichtig gestalten. Ab 1. Januar sollte eine Vignette für ein Auto 24 Euro jährlich kosten, für zwei Autos 60 Euro und für drei Autos 120 Euro. Als Ausgleich dafür es dann zehn Bustickets geben.

Die Empörung ist groß: Nachdem bereits die Union des Syndicats d'Interêts locaux du Luxembourg kürzlich Kritik an der Einführung der Vignette geübt hatte, ging auch die Gemeinderatsopposition auf die Barrikaden. "Auf jeden Fall dagegen" ist zum Beispiel nach eigenen Worten Jeannine Frisch-Wehenkel (Déi Lénk). Vor den Wahlen habe man versprochen, das "parking résidentiel" einzuführen, aber von Gebühren sei dabei keine Rede gewesen. Die einfachen Leute, die keine Garage für ihr Auto besitzen, fühlten sich jedenfalls zu Recht über den Tisch gezogen, so die Gemeinderätin. Gleichzeitig erhöhe man zum 1. Januar die Bus- und Bahnpreise, wie vorvergangene Woche angekündigt worden war. Dies alles sei symptomatisch für den Schöffenrat, einfach etwas zu beschließen, ohne dass vorher

eine demokratische Debatte stattgefunden habe.

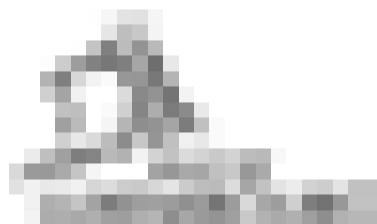
Auch die LSAP lehnt das Vorhaben des Schöffenrats ab. In verschiedenen Wohnvierteln würden mehr Vignetten vergeben als Parkplätze vorhanden seien, so die "Stater Sozialisten" in einer Pressemitteilung. Zudem fragt sich die LSAP, ob mit der Maßnahme "die Einwohner der Stadt Luxemburg vermehrt auf den Busdienst zurückgreifen". An neuen Konzepten für den öffentlichen Transport fehle es, dessen Aufnahmefähigkeit in den Stoßzeiten sei längst erschöpft. Die LSAP verweist dabei auf die Situation an den zentralen Busstationen Aldringen und Bahnhof. Dort herrsche "ein einziges Chaos: Lebensqualität null!"

Taktischer Rückzug

Für Viviane Loschetter von Déi Gréng macht das gebührenpflichtige Anwohnerparken "keinen Sinn". "Man kann Parken nicht als Dienstleistung wie Müllabholen betrachten", sagt die grüne Stadträtin. Loschetter sieht darin vor allem die Menschen benachteiligt, die ein Auto, aber keine Garage besitzen. Zudem würden mit dieser "negativen Steuer" jene nicht belohnt, die ganz auf ein Auto verzichten. Vielmehr sei es sinnvoll zu vermeiden, dass immer mehr Menschen von außen in die Stadt fahren. "Dagegen werden die

Leute, die hier wohnen, benachteiligt." Nach den Worten Loschetters gibt es auch keinen Zusammenhang zwischen den Gebühren und den zehn Bustickets. Einen Sinn würde es erst machen, wenn es dafür einen Ökopass geben würde. "Doch das ist Meyers zu teuer", meint die Grüne und fügt hinzu: "Wieder einmal wurde verpasst, die Leute in einer vernünftigen Weise zu sensibilisieren." Auf den Zug der Kritiker ist auch das ADR aufgesprungen. Jacques-Yves Henckes, der für das Aktionskomitee im Gemeinderat sitzt, sagte, mit der durch die geplante Maßnahme erwarteten Einnahmen von rund 750.000 Euro wolle die Stadt die Löcher im Gemeindehaushalt stopfen. Die BürgerInnen würden aus der Stadt geekelt, damit neue Büroräume entstehen könnten. "Alles wird teurer, aber der Service schlechter. Dabei hatte man angekündigt, die Stadt attraktiver zu machen", beklagt Henckes und fügt hinzu: "Wo sollen die Leute ihr Auto hinstellen?" Die populistische Antwort des ADR: eine Unterschriftenkampagne gegen die Vignettenführung.

Die Petition scheint allerdings überflüssig: Am heutigen Freitag will der Bürgermeister die Öffentlichkeit über Details der Mobilitätskampagne des Schöffenrates aufklären. Im Vorfeld wurde verlautet, dass zumindest für 2003 der Griff in die Tasche der BürgerInnen etwas bescheidener ausfallen soll als ursprünglich geplant. Für jeden Haushalt wird die erste Vignette gratis sein, nur für die zweite und die dritte wird eine Gebühr erhoben.

**BUDGETKÜRZUNGEN**

Der Süden wird geschröpft

Luxemburg ist stolz auf seine Entwicklungspolitik. Jetzt wurde erstmals seit Jahren die Bremse eingelegt.

(ergué) - Zugegeben, Budgetkürzungen, die nicht weh tun, sind rar. Der Zwang zum Sparen birgt zwar theoretisch die Chance, vorrangig weniger sinnvolle Ausgaben zu kürzen, doch meist wird der Rotstift dort angesetzt, wo der geringste Widerstand erwartet wird. Das ist unter Budgetminister Luc Frieden nicht anders.

Über 100 Seiten stark sind dieses Jahr die "amendements gouvernementaux" zum Budget ausgefallen, allerdings nicht nur, weil so viele Kürzungen anstehen. Es sind auch jede Menge technischer Umschichtungen, Korrekturen und Umbenennungen von Budgetlinien, die das Dokument aufblähen. Kaum anzunehmen, dass die Mitglieder der Chamber-Finanzkommission über genügend Zeit verfügen, um sich ein genaues Bild der tatsächlichen Kürzungen bis zum nächsten Montag zu machen. Dann sollen sie den Bericht zum Budget 2003 verabschieden.

Statt ein echtes Sparprogramm aufzulegen, hat die Regierung sich vor allem auf kleine mathematische Spielchen eingelassen. Fällt das Wirtschaftswachstum zwei Prozent niedriger aus als erwartet, dann heißt das, dass weniger neue Arbeitsplätze entstehen. Da der Staat sich an jedem Arbeitsplatz per Subvention der Kranken- und vor allem Pensionskasse beteiligt, lassen sich so mit einem

Federstrich 18 Millionen Euro "einsparen". Ob damit allerdings alle Nebenkosten eines wirtschaftlichen Einbruchs einkalkuliert wurden, lässt sich kaum einschätzen - aber Budgeteinsparungen sind in Luxemburg ohnehin kein Geschäft für PräzisionsfanatikerInnen.

Zahlenspielererei

Reelle Kürzungen gibt es also vor allem bei der Solidarität mit jenen, denen es ohnehin nicht so gut geht. Das Kooperationsministerium hatte vor, im Jahre 2003 rund 225 Millionen Euro auszugeben, jetzt muss es auf 12,8 Millionen verzichten. Aber eigentlich ist dies ja gar keine Kürzung, wie der Budgetminister vorrechnet: Es bleibt prozentual zum Brutto sozialprodukt gemessen bei einem identischen "effort" Luxemburgs. Wächst die Wirtschaft weniger schnell als erhofft, fallen die Nettobeträge, die für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stehen, eben etwas niedriger aus.

Konkret bedeutet das allerdings, dass bestimmte Projekte nicht in dem geplanten Umfang durchgeführt werden können. So wurden Zuwendungen Luxemburgs an diverse Programme der Europäischen Union oder an UNO-Unterorganisationen einfach heruntergeschraubt - insbesondere im Gesundheitsbereich. Diese Kürzungen tun also richtig

weh, denn sie bedeuten einfach für hunderte und tausende von Betroffenen, dass sie 2003 von bestimmten Gesundheitsmaßnahmen nicht erfasst werden.

So ist es doch überraschend, wie schnell die öffentliche Meinung diese Kürzungen geschluckt hat. Die prozentuale Aufrechnung der Entwicklungshilfe ist ja nur ein Mindestengagement, dem sich die Industrieländer verschrieben haben. Wieviel Nord-Süd-Solidarität ein Land tatsächlich bereit und fähig ist zu leisten, das hängt auch vom politischen Willen ab.

Dieser Tage läuft eine groß angelegte Kampagne des Kooperationsministeriums, die der Bevölkerung erläutern soll, wieso Entwicklungshilfe so wichtig ist und was Luxemburg dazu im Einzelnen beiträgt. Da ist es doch recht peinlich wenn zur gleichen Zeit bei den erstbesten - anscheinend doch nicht so bedrohlichen - wirtschaftlichen Problemen die Notbremse angelegt wird und genau jene Programme gekürzt werden, die großflächig im ganzen Land plaktiert werden.

Die Kürzungen im Entwicklungsbereich machen aber auch deutlich, dass der Budgetminister ein Spezialist in Sachen Budgetkosmetik ist, und es ihm vor allem darum ging, einen optisch ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. An budgetpolitischen Luxus wie die Erziehungsbeilage für CSV-WählerInnen im Rentenalter, die mit fast 50 Millionen Euro zu Buche schlägt, wagt er sich (noch) nicht heran.

